Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Aus den deutsch-russischen Ostseeprovinzen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Visual Library

Corsarenschiffe und ungehinderte Heimkehr der Candioten seien im Voraus angenommen, die Forderung, daß Griechenland verspreche, sich künftig dem Völkerrechte gemäß zu betragen, sei von der Pforte aufgegeben, es bleibe also nur noch ein Compromiß über den vierten Punkt herzustellen: Bestrafung der gegen türkische Soldaten verübten Morde und Entschädigung dafür. Angenommen die Sache stehe so, wird es als ausgemacht gelten dürfen, daß sich Griechenland, welches keine Stimme in der Conferenz hat, sondern nur verhört wird, in Wahrheit unterwirft? Im Jahre 1854 bedurfte es trotz der für die Regierung von Athen so ungünstigen Umstände einer französisch-englischen Besatzung, um den Rückzug aus Thessalien und die Neutralität während des Krimkrieges zu erzwingen. Eine derartige Maßregel brauchen die Griechen jetzt nicht zu fürchten, sie haben ihre Schiffe hinter sich verbrannt, rechnen darauf, daß schließlich Rußland sie doch nicht fallen lassen kann, und hoffen, vielleicht mit Recht, daß Gladstone's philhellenische Tendenzen ihnen indirect zu Statten kommen werden. Rußland muß jedenfalls versuchen die candiotische Frage in die Discussion zu ziehen, die Pforte muß dagegen protestiren, Oestreich hat das nächste Interesse keine Verkleisterung drohender Conflicte zu acceptiren. Wird bei so entgegengesetzten Tendenzen eine Einigung — und noch dazu eine schnelle — auf der Conferenz bewirkt, so heißt das nichts weiter als: die Conferenz erreicht ein Resultat, weil sie darauf verzichtet ein Resultat zu erreichen.

Es ist sehr leicht den Griechen durch Decret Ruhe zu befehlen. Aber wenn in vier Wochen die Intriguen und Aufstandsversuche oder gar innere Meutereien in Hellas wieder aufflackern, was dann? Werden dann Flotten von England, Frankreich, Oestreich in das hintere Mittelmeer gesandt werden, um, wie Oestreich wünscht, in einer Cooperation den Ungehorsamen niederzuschlagen und den Griechen und Slaven gründlichen Schrecken einzujagen? Uns scheint der erste kriegerische Kanonenschuß, welcher von fremden Flotten dort abgefeuert wird, kein Friedebringer, sondern ein Allarmschuß für Europa.

Und deshalb besorgen wir, die Conferenz, wie sie zu Stande gebracht wurde, ist nicht der Schluß, sondern ein Prolog für den türkisch-griechischen Conflict, und die Verhältnisse des Orients werden in dem beginnenden Jahr der europäischen Diplomatie und uns Andern vollauf zu thun machen.

Aus den deutsch-russischen Ostseeprovinzen.

Seit den ausführlichen Berichten, welche die Grenzboten im Herbst und Winter 1867 über die Lage der baltischen Provinzen Rußlands veröffentlichten, haben sich in diesen Grenzländern so zahlreiche und so einschneidende

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Veränderungen vollzogen, daß ein Zurückkommen auf die Zustände derselben denjenigen unserer Leser, die für diesen exponirtesten Punkt deutscher Civilisation im Nordosten ein Interesse gefaßt haben, zulässig, vielleicht gar geboten erscheinen wird. Kann von einer „baltischen Frage" gleich nicht in dem Sinne, den die russische Presse dem Nationalitätenkampf am rigaschen Meerbusen unterschiebt, die Rede sein, so steht doch fest, daß die Angriffe auf das deutsche Element in dem einstmaligen Lande der deutschen Herren für die Beziehungen zwischen den beiden nordischen Großmächten nicht ganz gleichgiltig gewesen, mindestens in der Anschauung der Russen mit den Antipathien zusammengefallen sind, welche die moskauer Nationalpartei gegen die Sammlung Deutschlands unter den Fittigen des preußischen Aars hegt und von denen sie trotz des abweichenden Standpunkts der petersburger Regierung gelegentlich ziemlich deutliche Beweise gegeben hat.

Im Sommer 1867 — damit hatten die Grenzbotenartikel über Land und Leute an der Ostsee geschlossen — war die Einführung der russischen Sprache in die staatlichen Oberbehörden der drei Provinzen angeordnet worden; die Gouvernementsregierungen, Cameral- und Domänenhöfe waren angewiesen worden, sich im Verkehr unter einander, mit dem Generalgouverneur und den Staatsbehörden ausschließlich der russischen Sprache zu bedienen, desgleichen ihre Bücher und Rechnungen russisch zu führen. In der doppelten Erwägung, daß durch diese Maßregel das tractatenmäßig bestehende Landesrecht ebenso in Frage gestellt, wie die bisher übliche Anstellung von Landeskindern in den vom Staate erhaltenen Provincialbehörden erschwert sei, beschloß der im November 1867 versammelte livländische Landtag, trotz der abweichenden Rathschläge des Generalgouvernements und trotz der Bedenken einer zaghaften Minorität, dem Kaiser eine (übrigens höchst maßvoll und loyal gehaltene) Adresse überreichen zu lassen und in dieser um die unveränderte Aufrechterhaltung des status quo zu bitten. Schon früher hatte der livländische Civilgouverneur Dr. v. Oettingen, ein freisinniger und durch vieljährigen Landesdienst bewährter Patriot, der das Vertrauen seiner Landsleute ebenso besaß wie das des Kaisers, in einer Denkschrift auseinandergesetzt, daß die decretirte Maßregel mindestens in der von ihm geleiteten livländischen Regierung nicht ausführbar, im Interesse des Dienstes und einer gründlichen, wahrhaft sachlichen Geschäftsbehandlung überhaupt unrathsam sei. Nichtsdestoweniger wurde dem livländischen Landmarschall, noch bevor er sich seines Auftrags erledigen konnte, aus Petersburg amtlich mitgetheilt, daß Se. Majestät weder die von der Ritterschaft beschlossene Adresse entgegennehmen, noch ihn, den Vertreter der livländischen Stände, in dieser Angelegenheit empfangen würde. Wenig später wurde Herr v. Oettingen, der unterdessen in Petersburg gewesen war und einen anfangs erfolgreichen Versuch gemacht hatte, den Kaiser zur Annahme der Landtagsadresse zu bewegen, seiner Stellung enthoben und durch einen der griechisch-orthodoxen Kirche angehörigen Beamten ersetzt, der erst wenige Monate früher aus Saratow nach Livland übergeführt worden und den baltischen Zuständen und Menschen völlig fremd war.

Der Eindruck, den diese Maßregeln auf die baltische Bevölkerung ausübten, war ein geradezu vernichtender. Von allem Uebrigen abgesehen mußte man sich sagen, daß die Unmöglichkeit, das Landesrecht dem Monarchen gegenüber zur Geltung zu bringen und den feindlichen Einflüssen der bureaukratisch-demokratischen Nationalpartei direct entgegenzutreten, mit dem Verlust des kaiserlichen Vertrauens zu den baltischen Provinzen und darum mit der Infragestellung aller Landesrechte gleichbedeutend sei. Die Ent-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

lassung Oettingens vernichtete zugleich alle Hoffnungen auf eine heilsame und den wahren Interessen der Provinz entsprechende Entwickelung der diesem allgemeinen Vertrauensmann unterstellt gewesenen Verwaltungszweige. Wer die Eigenthümlichkeiten des russischen Staatsmechanismus irgend kennt, der weiß, daß ein Personenwechsel in der provinciellen Oberverwaltung mit einer Systemänderung für die betreffende Provinz identisch ist, daß der größte Theil der getroffenen Einrichtungen und höherer Bestätigung empfohlenen Pläne mit dem Ausscheiden ihres Schöpfers sofort zweifelhaft wird. In eminenter Weise mußte das der Fall sein, wo der scheidende Gouverneur nicht nur die Seele, sondern zugleich die thätigste Hand der gesammten Verwaltung gewesen war und den in jenen Ländern höchst seltenen Vorzug gehabt hatte, von der Pike auf zu dienen und nicht nur alle Details der localen Zustände und Eigenthümlichkeiten, sondern auch die Mehrzahl aller Beamten, Gutsbesitzer, Prediger u. s. w. genau zu kennen und bei jeder Anordnung die speciellen Vorzüge und Mängel derselben in Betracht ziehen zu können. Dazu kam, daß Livland sich in dem Augenblick der Entlassung Oettingen's in einer außerordentlich schwierigen Lage befand, deren Anforderungen sein Nachfolger schlechterdings nicht gewachsen war. In dem größten Theile des Landes herrschte zufolge eines beispiellos ungünstigen Ernteausfalls und schwieriger Creditverhältnisse ein Nothstand, der um so bedenklicher erschien, als ein großer Theil der russischen Presse keinen Anstand nahm, diese unverschuldete Calamität als Folge der „feudalen" baltischen Einrichtungen zu bezeichnen und im Interesse einer agrarischen Revolution im Sinne des Gemeindebesitzes auszubeuten. Schon anderthalb Jahre früher hatte das Domäneministerium auf dem größten Theil der liv- und kurländischen Staatsgüter Landvertheilungen an die Bauerknechte griechisch-orthodoxer Confession vorgenommen und dadurch eine Aufregung der bäuerlichen Bevölkerung hervorgerufen, deren Proportionen sich angesichts des Nothstandes schlechterdings nicht absehen ließen. — Blieb auch Nichts übrig als die Entlassung des sachkundigsten und gewissenhaftesten Gouverneurs, den Livland seit Menschengedenken besessen, schweigend zu tragen und ruhig mit anzusehen, daß die wichtigsten Errungenschaften der fünfundeinhalbjährigen Oettingen'schen Verwaltungsperiode (z. B. die vom Minister des Innern bereits bestätigte Errichtung einer baltischen Central-Irrenanstalt) sofort verloren gingen, so ließ man es sich doch nicht nehmen, dem scheidenden Patrioten von allen Seiten Ausdrücke einer Dankbarkeit zukommen zu lassen, der dieser selbst Schranken anlegen mußte. Der Rath der Stadt Riga ernannte Oettingen unter begeisterter Zustimmung der Gildenverbände zum Ehrenbürger und die Ueberreichung des Schreibens, welches diese noch nicht dagewesene Auszeichnung mittheilte, wurde von den rigaer Gesangvereinen zu einer glänzenden Ovation benutzt, an der sich fast die gesammte Bevölkerung betheiligte.

Aber schon wenige Wochen später erfolgte ein neuer schwerer Schlag. Im Februar 1868 wurde der Minister des Innern Walujew, früher Gouverneur von Kurland, genauer und parteiloser Kenner der baltischen Zustände und entschiedener Gegner der polen- und deutschenfeindlichen Demokratie, seiner Stellung enthoben; ziemlich gleichzeitig nahm das Oberhaupt der lutherischen Kirche Rußlands, der greise Bischof Ulmann, seinen Abschied, um einem Manne Platz zu machen, der weder das Vertrauen der Geistlichkeit noch das der Ostseeprovinzen besaß. Ulmann war in den 40er Jahren Rector der Universität Dorpat gewesen und wegen seiner deutschen Gesinnung plötzlich und unter den kränkendsten Formen entlassen worden; Kaiser

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Alexander hatte ihn bald nach seiner Thronbesteigung durch Ernennung zum geistlichen Vicepräsidenten des Generalconsistoriums zu St. Petersburg in großsinnigster Weise rehabilitirt. Sein Verlust wog besonders schwer, da die kirchlichen Verhältnisse Livlands noch immer in einer Krisis lagen, deren Lösung wesentlich durch die Haltung der höchsten Kirchenbehörde Rußlands bedingt war. Noch immer gab es Zehntausende von lettischen und estnischen Convertiten der griechisch-orthodoxen Kirche, welche aus dieser Kirche factisch ausgetreten waren und trotz ihrer flehentlichen Bitten daran verhindert wurden, in die Glaubensgemeinschaft ihrer Väter zurückzukehren. Wohl hatte ein im J. 1865 erlassener kaiserlicher Befehl die Anordnung getroffen, daß Lutheraner der Ostseeprovinzen bei Eingehung gemischter Ehen nicht mehr gezwungen werden sollten, sich durch einen Revers zur Erziehung ihrer Kinder in der griechisch-orthodoxen Kirche zu verpflichten; aber die griechische Geistlichkeit hatte dieser nur unter der Hand erlassenen Instruction verzweifelten Widerstand geboten, unter allen möglichen Vorwänden die Copulation solcher Paare, die von der kaiserlichen Erlaubniß Gebrauch machten, verweigert und schließlich durchgesetzt, daß ihr gestattet wurde, solchen griech. Gemeindegliedern, die sich nicht den Vorschriften dieser Kirche gemäß betrügen, die Einsegnung der Ehe zu verweigern. Besaß man an dem Leiter der obersten lutherischen Kirchenbehörde keinen Rückhalt, so waren alle Anstrengungen der baltischen Provincial-Consistorien zum Schutz des Protestantismus vergeblich und die liberalen Maßregel, welche der Kaiser auf Bevorwortung des Polizeiministers Grafen Schuwalow und des entlassenen Walujew decretirt hatte, um den Haupttheil ihres praktischen Effects gebracht.

So verging das erste Dritttheil des Jahres 1868 dem baltischen Lande unter Sorgen und Bedrängnissen aller Art; man hatte das Gefühl in einer Art von Belagerungszustand zu leben, denn die einflußreiche russische Presse war nach wie vor damit beschäftigt, jede Aeußerung des Provinciallebens zu verdächtigen, patriotische Beamte zu verleumden, neue Eingriffe in die Landesverfassung zu verlangen und ihr Ceterum censeo bei jeder sich darbietenden Gelegenheit zu wiederholen. Selbst die Versuche, eine livländische Eisenbahn unter ständischer Garantie zu Stande zu bringen, wurden mit offener Feindseligkeit bekämpft; die „Mosk. Ztg." erklärte, baltische Eisenbahnen dürften überhaupt nur unter der Bedingung russischer Verwaltung und Geschäftsführung, der Einführung russischer Namen für die Bezeichnung der Ortschaften 2c. concessionirt werden. Der baltischen Presse war die Möglichkeit auch nur der Widerlegung der moskauer Verdächtigungen benommen, seit man den patriotischen und gewissenhaften Censor der „Rigaschen Ztg.", der „Baltischen Monatsschrift", der „Zeitung für Stadt und Land" u. s. w., Staatsrath Kästner, plötzlich entlassen und durch einen aus Wilna verschriebenen Beamten ersetzt hatte. — Der Anbruch des Frühjahrs brachte neue Bedrängnisse: wiederum vernichtete die Ungunst der Witterung alle Aussichten auf einen auch nur erträglichen Ernteausfall, große und kleine Grundbesitzer waren kaum mehr im Stande den Verpflichtungen gegen ihre Gläubiger gerecht zu werden, zumal die Befürchtungen vor einer allgemeinen Landvertheilung immer wieder auftauchten und den Credit bis in seine Grundfesten erschütterten. Selbst in dem wohlhabenden Kurland mußte die Bank Dutzende von bäuerlichen Grundbesitzern unter Sequester stellen, welche die Renten der auf ihren neu erworbenen Höfen lastenden Bankschulden nicht zahlen konnten; das Gleiche geschah mit einer stets zunehmenden Zahl von Rittergutsbesitzern und Pächtern größerer Güter, die zwei Jahre hintereinander so gut wie Nichts geärntet hatten.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Die eigentliche Krisis trat indessen erst im Spätsommer 1868 ein. In der russischen Presse war es eben stiller geworden, die ausländische Reise der kaiserlichen Familie hatte die beiden Hauptstädte für einige Monate entvölkert und die Parteikämpfe im Schooß der Regierung unterbrochen; nachdem in Riga zwei russische Schulen (ein Gymnasium und eine Töchterschule) eröffnet worden waren, glaubte man den moskauer Schreiern den Mund gestopft zu haben und wenigstens für eine kurze Zeit auf Ruhe rechnen zu können. Da trafen von drei Seiten her Nachrichten ein, welche allenthalben neue Besorgnisse heraufbeschworen; aus Reval und Mitau wurde berichtet, daß die deutschen Gouverneure von Est- und Kurland entlassen seien und demnächst durch Russen ersetzt werden würden, und gleichzeitig erschien eine im Auslande gedruckte russische Broschüre, welche Alles, was bisher an Anklagen gegen das baltisch-deutsche Leben geleistet worden war, in den Schatten stellte und direct die Anklage erhob, in Liv-, Est- und Kurland werde seit Jahr und Tag für die Losreißung von Rußland und den Anschluß an Preußen agitirt; wenn die Regierung gegen die baltischen Deutschen nicht ebenso energisch vorgehe, wie sie es in Lithauen und Polen gethan, so werde die Ostseeküste binnen Kurzem für Rußland verloren oder doch zu einer selbständigen Landschaft, wie es Finnland sei, geworden sein. Juri Samarin, ein bekannter Führer der moskauer Slavophilenschule, der zur Zeit des Generalgouverneurs Golowin und der kirchlichen Propaganda unter den Letten und Esten als Beamter in Riga gelebt und in den Jahren 1864 und 1865 in Polen seine Sporen verdient hatte, stellte in seiner Broschüre „Rußlands Grenzländer" eine Parallele zwischen dem für Rußland hoffnungsvollen Zustande der Ostseeprovinzen in den Jahren 1843—48 und den Fortschritten an, welche das deutsche Element seitdem gemacht habe, und schloß diese mit vielem Geschick und grenzenloser Perfidie geschriebenen Ausführungen mit einer Capitalanklage auf Hochverrath. Die äußere Veranlassung zu dieser Schrift waren die Publicationen gewesen, welche ein nach Preußen ausgewanderter Livländer, der frühere Vice-Präsident des Hofgerichts zu Riga, Woldemar von Bock, unter dem Titel „Livländische Beiträge" (Berlin bei Stilke und van Muyden, 2 Bände in 6 Heften) veröffentlicht hatte und die eine Fülle officieller Actenstücke enthielten, welche — grade weil ihre Authenticität nicht geleugnet werden konnte — der Regierung höchst peinlich sein mußten. — In eine Kritik dieser Beiträge einzutreten ist hier nicht der Ort; genug, daß dieselben ohne jede Rücksicht auf die russische Empfindlichkeit geschrieben waren und nicht nur die Erhaltung des baltischen status quo, sondern ein Zurückgehen auf die Verträge von 1710 und 1721 verlangten, auf das man innerhalb Landes längst hatte verzichten müssen. Die nicht selten mehr als deutlichen Ausdrücke des Verf., vor Allem der Umstand, daß derselbe die bei der Unterwerfung Livlands unter das russische Scepter stipulirten und durch den nystädter Frieden garantirten „Accordpunkte" als bilaterale Verträge von völkerrechtlicher Bedeutung bezeichnet hatte, waren von Samarin für Aeußerungen hochverräthischer Gesinnung ausgegeben und zu einer Anklage verarbeitet worden, welche nicht nur die baltischen Stände, sondern auch die sämmtlichen General-Gouverneure von Liv-, Est- und Kurland, vor Allem den Nachfolger Golowin's, Fürsten Suworow (1848—1861), einen in den Provinzen sehr beliebten und seiner Humanität wegen allgemein geachteten Gentleman, auf die Proscriptionsliste setzte. Dieses Libell, dessen bloße Erwähnung den baltischen Zeitungen Monate lang durch die Censur unmöglich gemacht wurde, erregte ein Aufsehen, wie es heut zu Tage nur noch in Rußland möglich ist; Tage und Wochen lang waren die ungeheuren Spalten

der moskauer und petersburger Journale fast ausschließlich mit Citaten und Paraphrasen der Samarin'schen Broschüre bedeckt und von allen Seiten wurde der Regierung bald drohend, bald schmeichlerisch zugerufen, diese Ausgeburt nationalen Hasses zur künftigen Richtschnur ihrer Politik gegen die Barone, Bürger und Pastoren an der Ostsee zu machen.

Damit war es noch nicht genug: den russischen Verleumdern und Denuncianten — welche mindestens unter dem Druck einer erregten Stimmung standen und zum Theil bona fide eine Politik predigten, die für die Einheit der russischen Staatsidee und das monarchische Princip noch sehr gefährlicher ist, als für das baltische Deutschthum — diesen mußte ein deutscher Denunciant zu Hilfe kommen, der die Bedrängniß seiner Stammesgenossen bei kaltem Blut und unter vollständiger Einsicht der Grundlosigkeit aller wider dieselben erhobenen Verdächtigungen dazu ausbeutete, seinen particularistischen Ränken wider Preußen neue Bundesgenossen zu werben. Im Sommer 1868 war der Freiherr v. Dalwigk auf einige Wochen nach Livland gekommen, um seinen Schwiegervater, den Grafen Dunten auf Schloß Nurmiß, einen ehrenwerthen alten Herrn, zu besuchen. Niemanden kam es in den Sinn, hinter dem ausländischen Minister einen Späher zu vermuthen; die Nachbarn und Freunde der gräflichen Familie hatten um so weniger Grund, aus der erregten Stimmung, welche das gesammte Land beherrschte, ein Geheimniß zu machen, als sie wußten, daß die Grafen Dunten ebenso gute Livländer und ebenso loyale russische Unterthanen seien, wie sie selbst und daß es nur die plötzliche Infragestellung verbriefter Rechte gewesen sei, welche die Ruhe des sonst so friedlichen Landes und seiner Bewohner erschüttert hatte. Herr v. Dalwigk aber verstand die Sache anders; als er einige Wochen nach seiner Rückkehr aus Livland zu Jugenheim mit dem Kaiser Alexander zusammentraf, warnte er den Monarchen vor den preußischen Umtrieben in Livland, welche die Loyalität namentlich der jüngeren Glieder des Adels erschüttert hätten. Die Thatsache dieser Warnung steht zweifellos fest, da der Kaiser derselben (unter deutlicher und alle Wahl ausschließender Bezeichnung des Urhebers) Erwähnung gethan hat. Wenige Wochen nachdem der Monarch in seine nordische Residenz zurückgekehrt war, bildeten die „Zeugnisse", welche von Ost und West über die unzuverlässige Stimmung der baltischen Provinzen beigebracht sein sollten, das Tagesgespräch der Hofkreise; im October wurde den Repräsentanten der vier baltischen Ritterschaften (von Liv-, Est-, Kurland und der Insel Oesel) eröffnet, höheren Orts sei der Wunsch verlautbart worden, daß sie eine öffentliche Erklärung über die unveränderte Loyalität ihrer Landsleute abgeben und gleichzeitig erklären sollten, daß zwischen ihnen und den Publicisten des Auslandes, welche Rußland in feindlicher Weise angriffen (W. v. Bock war denselben ausdrücklich zugezählt), keine Solidarität bestehe.

Die Nachricht von diesem Verlangen traf in den Ostseeprovinzen gleichzeitig mit einer andern Mittheilung ein. In den Ministerien des Innern und der Reichsdomänen, hieß es, sei der Entwurf zu einer allgemeinen Landvertheilung ausgearbeitet worden; mit den liv- und kurländischen Domänen sollte der Anfang gemacht und dadurch eine moralische Pression auf die Gutsbesitzer ausgeübt werden, damit diese in eine Zwangsablösung derjenigen Bauerhöfe einwilligten, welche noch nicht in das Eigenthum ihrer bisherigen Pächter übergegangen waren; außerdem gaben die Organe der russischen Demokratie deutlich zu verstehen, daß man sich nicht damit begnügen werde, die Bauerwirthe (selbständigen Wirthschaftsunternehmer) besitzlich zu machen, sondern daß es nothwendig sein werde, auch die Bauerknechte mit einem Antheil am Grund und Boden auszusteuern, wie es in

Litthauen und Polen geschehen sei. Der Eindruck den diese Kunde inmitten der wirthschaftlichen Schwierigkeiten ausüben mußte, in welche man durch die zweimaligen Mißernten gerathen war, erräth sich von selbst. Gesteigert wurde derselbe noch dadurch, daß die petersburger Journale in Veranlassung der Auswanderung einiger hungernder Estenfamilien nach Petersburg (ohne Rücksicht darauf, daß der Nothstand im eigentlichen Rußland sehr viel größer war, als an der Ostseeküste) wüthende Anklagen gegen das baltische Agrarsystem begonnen hatten. Wurde die geforderte Loyalitätserklärung nicht abgegeben, so schien der wirthschaftliche Ruin des gesammten Landes unvermeidlich — kam es zu der gewünschten Adresse, so lag die Gefahr nah, daß dieselbe durch die Gegner als Gutheißung aller Russificationsversuche der letzten Jahre angesehen und ausgebeutet würde. Nach wochenlangen Verhandlungen einigten die Landmarschälle von Livland und Oesel sich mit dem kurländischen Landesbevollmächtigten und dem estländischen Ritterschaftshauptmann darüber, die gewünschte Erklärung abzugeben, aber ausdrücklich hervorzuheben, daß man an den Traditionen des Landes festhalten wolle und werde; die Solidarität mit Herrn v. Bock glaubte man verleugnen zu können, weil derselbe in der That formell und materiell weiter gegangen war, als die Ritterschaften. Diese Erklärung (deren Wortlaut wir übergehen, da derselbe in der Kölnischen, Vossischen und Kreuzzeitung ausführlich mitgetheilt worden ist) wurde dem Generalgouverneur übergeben und durch diesen dem Minister des Innern behufs Publication in der Nordischen Post mitgetheilt. Aber noch bevor diese amtliche russische Zeitung von dem Actenstück Notiz genommen, war die ganze Sache der Mosk. Ztg. mitgetheilt, welche sofort erklärte, Rußland werde sich durch diese Spiegelfechterei nicht hinters Licht führen lassen; ob die baltischen Ritterschaften mit Herrn v. Bock übereinstimmten oder nicht, sei völlig irrelevant, da ihre Solidarität mit andern anti-russischen Publicisten keinem Zweifel unterliege. Nachdem der Sache auf diese Weise jeder günstige Effect im Voraus unmöglich gemacht worden war, erfolgte eine Mittheilung der Nord. Post, welche wiederum mit Stillschweigen überging, daß die Adresse die Treue gegen die historische Tradition ausdrücklich gewahrt habe, und den Inhalt derselben durchaus incorrect wiedergab — den Text der Adresse zu publiciren, hatte man sich gehütet. Jetzt gab die Mosk. Zeitung — und Jedermann wußte, daß die Aeußerungen dieses Journals die für das gesammte Rußland maßgebenden seien — sich zufrieden; ein Leitartikel des Katkow'schen Organs machte darauf aufmerksam, daß Herr v. Bock niemals den Abfall des Ostseelandes von Rußland gepredigt habe und daß die Desavouirung dieses Schriftstellers darum mit der Zustimmung zu den Russificationsmaßregeln der Regierung gleichbedeutend sei. Der Protest, welchen die Riga'sche Zeitung und andere baltische Journale gegen diese Auffassung erhoben, wurde dem russischen Publicum natürlich nur unter Verdrehungen und Entstellungen mitgetheilt.

Materielle Noth infolge beispiellos ungünstiger Witterungsverhältnisse und einer fast absichtlichen Erschütterung des ländlichen Credits, Lahmlegung aller innerhalb Landes gemachten Versuche zu zeitgemäßer Umgestaltung der alten Institutionen, Belagerungszustand auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, soweit dieselben eine deutsche Grundlage haben — das ist die gegenwärtige Lage der Ostseeprovinzen, die durch jahrelange systematische Verleumdungen dem Vertrauen eines Monarchen entrückt worden sind, der ihnen, so lange man sie nicht von ihm abgesperrt hatte, wiederholte Zeichen seines Wohlwollens gegeben hat! Ein Ende dieser Calamitäten läßt sich schlechterdings nicht absehen und man braucht nur in Betracht zu ziehen, was während

des abgelaufenen Jahres Alles geschehen ist, um sich sagen zu müssen, daß der verfassungsmäßige Zustand dieser Länder binnen Kurzem eine historische Reminiscenz sein wird, wie das Königreich Polen — nur mit dem Unterschiede, daß dort dem Umsturz ein Aufstand vorausgegangen war, während man sich hier zu allen Zeiten gleich loyal verhalten hatte. In Riga, Mitau und Reval residiren russische Gouverneure, die sich grundsätzlich in allen officiellen Beziehungen ausschließlich der russischen Sprache bedienen — die ihnen unterstellten Verwaltungsbehörden dürfen das Deutsche nur brauchen, wenn sie mit ständischen Autoritäten verhandeln; aus den Amtsblättern der drei Provinzen wird die deutsche Sprache binnen Kurzem vollständig verschwunden sein; auf kirchlichem Gebiet dauert der frühere Gewissenszwang fort, während die Concubinate, zufolge der den griechischen Geistlichen freigegebenen Trauungsverweigerungen, beständig zunehmen. In Riga hat sich eine von junglettischen Wühlern geleitete lettische Gesellschaft gebildet, welche aus der Opposition gegen die von Deutschen und Lutheranern begründete lettische literärische Gesellschaft Profession macht und die Annäherung des lettischen Volks an das moderne Rußland auf ihre Fahnen geschrieben hat; der flachste Liberalismus geht hier mit einer Unbildung zusammen, die nur noch durch die Gewissenlosigkeit der Agitatoren überboten wird. Außer der neuen lettischen Zeitung, welche von einem Mitgliede dieser Gesellschaft herausgegeben wird, erscheint in Riga seit dem 1. Jan. 1869 eine russische Zeitung, an deren Spitze der bisherige rigaer Correspondent der moskauer Journale steht, selbstverständlich ohne sich zu nennen. Noch bedeutsamer ist, daß Anstalten gemacht werden, um das lettisch-estnische Volksschulwesen der bisherigen Leitung durch deutsche Geistliche und Gutsbesitzer zu entziehen und direct dem Ministerium der Volksaufklärung zu unterstellen. Man glaubt auf diese Weise die organische Verbindung zwischen der Volksbildung und dem Protestantismus lösen, die ländliche Bevölkerung dem Einfluß der gebildeten Schichten der Gesellschaft entziehen und für die Verschmelzung mit dem russischen Volksthum und der griechisch-orientalischen Kirche vorbereiten zu können. Ist dem baltisch-deutschen Provinzialstaat auf diese Weise das Fundament entzogen, so fällt das alte ständische Gebäude zusammen, bevor Ausbau und Umgestaltung desselben im modernen Sinne fertig geworden sind und jener Ausspruch, den der Marquis Paulucci schon vor 50 Jahren gethan haben soll, behält trotz aller Regenerationsversuche der letzten Decennien Recht: La Livonie finira par une parfaite ressemblance avec la Russie moscovite.

Bis dahin hat es freilich noch Zeit. Ein historischer Proceß, der auf sieben Jahrhunderte siegreich bewährter deutscher Lebenskraft zurücksieht, läßt sich nicht im Handumdrehen in neue Bahnen lenken und es kann ein Jahrhundert vergehen, ehe der officiellen Russification der baltischen Länder die factische folgt. Aber der Anfang des Endes ist bereits eingetreten und es ist schlechterdings nicht abzusehen, wann und wie dem fanatischen Taumel, in welchem die herrschende demokratisch-nationale Partei die zuverlässigsten und gebildetsten Provinzen des gesammten Reichs erwürgt, ein Erwachen zu Vernunft und Billigkeit folgen wird.

Verantwortliche Redacteure: **Gustav Freytag** u. **Julius Eckardt.**

Verlag von **F. L. Herbig.** — Druck von **Hüthel & Legler** in Leipzig.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG